
Unten streiken, oben absahnen?

Gespräch mit Ulrich Hoffmann über den Streik im öffentlichen Dienst und Konsequenzen für die zukünftige Tarifpolitik*

Ulrich Hoffmann, geb. 1955 in Kassel, gelernter Starkstromelektriker, ist Betriebsratsvorsitzender der Kasseler Verkehrsgesellschaft und Mitglied der „Großen Tarifkommission“ der ÖTV.

Frage: Beim Streik im öffentlichen Dienst ging es wesentlich darum, wieder Anschluß an die Tarifentwicklung in anderen Bereichen zu finden. Wie stellt sich das in Deinem Betrieb dar, was wird hier verdient?

Ulrich Hoffmann: Der überwiegende Teil der Belegschaft sind Arbeiter. Wir haben allein 420 Fahrdienstbeschäftigte und etwa 230 Arbeiter in den Werkstätten und im Hof- und Gebäudedienst.

Aufgrund der neuen Lohngruppen für Arbeiter, die der Betriebsrat in den letzten Jahren umsetzen konnte, gibt es bei uns Zwischenlohngruppen und einen Zeitaufstieg, so daß fast 75 Prozent über der Ecklohngruppe liegen. Im Gebiet Kassel verdient ein Fahrdienstbeschäftigter im Verhältnis zur freien Wirtschaft bei vergleichbaren Arbeitsbedingungen eigentlich ähnlich -wenn man mal VW als großen Arbeitgeber außen vorläßt, wo natürlich im Stundenlohn noch mehr verdient wird.

Was wird denn durchschnittlich bei Euch hier verdient?

Der Beschäftigte im Fahrdienst - verheiratet, ein Kind - kommt, einschließlich Zulagen, durchschnittlich auf 4 000 DM brutto im Monat. Das ist ja kein schlechtes Einkommen. Bei den Werkstätten hegt es nicht ganz so hoch, weil

* Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Stephan Hegger am 22. Mai 1992 in Kassel.

dort die Zulagen geringer sind und auch die Samstags- und Sonntagsarbeit weitgehend wegfällt.

Wie war in der gerade abgeschlossenen Tarifrunde die Stimmung hier bei

Die Erwartungshaltung vor dem Beginn der Tarifrunde - das mag im nachhinein verwundern - war ziemlich hoch. Kassel ist nicht unbedingt ein Ballungsgebiet. Aber die Mieten haben sich aufgrund der Wohnungsbaupolitik in Kassel, aber auch durch die Grenzöffnung und die zentrale Lage der Stadt im vereinten Deutschland, rasant entwickelt, so daß die Kollegen durchaus mit Großstädten vergleichbare Mieten zahlen. Zahlt man in einem etwa 15 Kilometer entfernten ländlich strukturierten Gebiet für eine 4-Zimmer-Wohnung mit Grundstück noch 600 bis 700 DM Miete, kostet eine gleichgroße Wohnung ohne Garten und grünes Umfeld in Kassel schon 900 bis 1100 DM. Das hat entscheidend mit zu der hohen Erwartungshaltung beigetragen, wonach die Kollegen bei uns im Betrieb anfangs auf 9 bis 11 Prozent Lohnerhöhung hofften. Später sind dann alle hier davon ausgegangen, daß bei der Schlichtung zumindestens 6 Prozent durchsetzbar sind.

Ein anderer Punkt, der bei uns als Nahverkehrsbetrieb eine wichtige Rolle spielte, war der, daß es in der Vergangenheit keine Tarifrunde gegeben hat, bei der wir nicht irgendeine Aktion gemacht haben - von der spontanen Arbeitsniederlegung bis hin zum Warnstreik. Für uns hat deshalb die Frage, ob wir uns auch für die Tarifforderung einsetzen würden, nicht so eine Rolle gespielt wie in Bereichen, die sich zum ersten Mal an Tarifauseinandersetzungen beteiligt haben. Noch etwas anderes hat wesentlich zur Streikbereitschaft beigetragen: Die Rationalisierungen der letzten Jahre haben zu Arbeitsverdichtung und Arbeitsbelastung, verbunden mit massiv zunehmender Belastung gerade im Fahrdienstbereich, geführt. Durchschnittlich wird ein Busfahrer mit 46 Jahren fahrdienstuntauglich, überwiegend wegen Herz-, Kreislauf-, Rücken- und sonstiger Beschwerden. Die Ursache dafür muß man zweifellos in der ständigen Zunahme der Arbeitsbelastung gerade im Fahrdienstbereich sehen. Von daher ist jede Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber, auch wenn es um Lohn geht, eine Auseinandersetzung um Arbeitsbedingungen. Das alles hat die Stimmungslage hier geprägt.

Wie reagieren denn die Kollegen darauf, daß die Arbeitsbedingungen so sind, daß ein Teil der Beschäftigten mit 46 Jahren ausscheiden muß?

Keiner muß ausscheiden, sie können nicht mehr fahren, weil die gesundheitlichen Voraussetzungen zum Fahren von Bussen und Bahnen nicht gegeben sind - ähnlich wie bei Flugkapitänen, die nicht mehr flugtauglich sind. Bisher hat der Betriebsrat es immer geschafft, daß der Betrieb diesen Kollegen dann einen anderen Arbeitsplatz angeboten hat. 46 Jahre ist übrigens eine Durchschnittszahl, es gibt Kollegen, die weitaus jünger fahrdienstuntauglich werden und einige, die länger tauglich bleiben.

Die Motivation der Kollegen im Hinblick auf eine Reduzierung der Arbeitsbelastung ist auch deshalb so hoch, weil mit dem zunehmenden Individualverkehr ihre Anspannung steigt. Ein anderer Aspekt ist die Forderung nach kürzeren Dienstzeiten, also weniger Belastungen am Tag und mehr Freizeit, wobei solche Forderungen in dieser Tarifrunde keine Rolle gespielt haben, weil es den deutlichen Wunsch nach mehr Einkommen gab.

Noch einmal zurück zum Streik: Wie ist das denn im Vorfeld gelaufen?

Wir haben einen ziemlich gut funktionierenden Vertrauensleutekörper der ÖTV, weil wir einer der wenigen Betriebe in der Bundesrepublik sind, die einen Vertrauensleute-Tarifvertrag haben, in dem Freistellungen geregelt sind. Das ist eine gute Grundlage. Die Vertrauensleute waren von Anfang an in die Tarif auseinandersetzung einbezogen. Es ist bei uns deshalb nicht unbedingt nötig, mit allen Kollegen eine Versammlung zu machen. Die haben wir dann zwar auch gemacht, aber erst während des Streiks.

Das erste Urabstimmungsergebnis hat uns gezeigt, daß die Einschätzung der Vertrauensleute richtig war: Wir hatten zu diesem Zeitpunkt 918 Gesamtbeschäftigte, 912 davon sind Gewerkschaftsmitglieder. Von den 712 gültigen Stimmen haben 688 für den Streik gestimmt, das ist ein eindeutiges Votum. Erwähnt werden muß, daß sich auch die Nichtorganisierten an diesem Streik beteiligt haben.

Wie hat sich diese Stimmung im Streik ausgewirkt?

In der ersten Woche gab es bei uns, wie in vielen anderen Dienststellen, eine Situation, die uns ein bißchen überrascht hat: Alle wollten streiken; kaum jemand wollte an die Arbeit gehen. Viele, die wir nicht ausdrücklich aufgefordert hatten, erkundigten sich hier bei uns im Büro, wann sie denn streiken dürften. Darunter waren Kollegen, die sonst als Angestellte eher die Nase rümpfen, wenn es um Streik geht. Die Bereitschaft in den ersten Streiktagen war also sehr groß, und es galt das Motto „Dabeisein ist alles“. Für einen auf längere Dauer angelegten Streik ist es nicht unbedingt günstig, wenn alle streiken wollen. Ein langdauernder Streik geht ins Geld. Die ÖTV hat zwar genug Rücklagen, und sie hätte den Streik auch noch wesentlich länger durchhalten können, aber die Frage ist, wie effizient das ist. In der zweiten Streikwoche wurde die Stimmung dann schlechter. Viele wollten Ergebnisse sehen.

Streiks im öffentlichen Dienst treffen immer auch Unbeteiligte, deren Reaktion dann eine große Rolle spielt. Insgesamt hatte man das Gefühl, daß es zumindest am Anfang in der Bevölkerung Zustimmung gab. Habt Ihr das auch so empfunden?

Das ist ein wichtiger Aspekt, der für die Kollegen, besonders die im Fahrdienst, die ja den hautnahesten Kontakt haben, von Belang war. Beim Fahrer oder der Fahrerin, die während des Streiks an der Haltestelle stehen, da geht es dann zur Sache.

Diesmal war es so, daß wir an dem Donnerstag, an dem wir in Kassel den Streik vorübergehend unterbrochen hatten, überwiegend positive Stimmen gehört haben. Die Leute waren froh, daß Straßenbahn oder Bus wieder fuhren. Es gab Sympathiebekundungen nach dem Motto: Ihr zeigt es denen mal, macht da mal was, es geht auch um unser Geld - insgesamt eine positive Resonanz. In der zweiten Woche war das auch noch feststellbar, weil viele sagten, die Arbeitgeber hätten das Schlichtungsangebot annehmen können. Und schließlich hat die arrogante Bemerkung von Kohl, ob es sich denn lohne für 25 bis 30 DM zu streiken, mobilisierend und unterstützend gewirkt.

Hat denn der Betriebsrat oder die Belegschaft während des Streiks aktive Sympathiewerbung betrieben?

Wir haben bei der Aufnahme des Streiks entgegen unserer sonstigen Gepflogenheit keine Informationen an die Fahrgäste verteilt, weil es diesmal kein Warnstreik war, sondern ein Streik, der langfristig vorher in der Öffentlichkeit angekündigt war. In der zweiten Woche haben wir an allen größeren Haltestellen Informationen angebracht.

Im Vorfeld der Tarifaueinandersetzung haben wir um Sympathie geworben, indem wir ein Flugblatt zusammen mit einer Nelke verteilt haben. Der Blumengruß war als Geste der Sympathie gedacht, um zu zeigen, daß ein Streik sich nicht gegen die Fahrgäste richten würde, daß wir aber keine andere Möglichkeit haben, unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Du hast von der Arroganz des Bundeskanzlers gesprochen, die auch dazu beigetragen hat, daß vom Streik Betroffene - das sind ja nicht die Politiker, sondern die Fahrgäste - mit Euch sympathisiert haben. Hat das auch mit der Art zu tun, in der die Kosten der Einheit auf die kleinen Leute verteilt werden? Oder liegt es vor allem daran, daß mehr und mehr Arbeitnehmer nicht mehr mit ihrem Geld auskommen?

Es hegt an beidem, das kann man nicht trennen. Es ist eine Tatsache, daß vielen - aufgrund einer Reihe von Umständen - das Geld knapp wird, wobei das Problem Nummer eins die Mieten sind. In der Wohnungsbaupolitik insgesamt - auch hier in Kassel - wird nichts oder zu wenig getan. Es gibt keine für niedrige Einkommensgruppen bezahlbaren Mieten mehr. Und das zweite ist diese Arroganz, die in vielen Äußerungen von Politikern während des Streiks mitgeschwungen hat. 25 DM im Monat zu haben oder nicht zu haben, ist für viele keine Nebensächlichkeit. Für einen Bundeskanzler, der beispielsweise die Erhöhung der Lebensmittelpreise kaum merkt, weil er eben meist auf Empfängen ißt, sind 25 DM nicht viel. Aber die Kollegen, denen ich diesen Spruch wiedergegeben habe, wären mir bald an die Kehle gesprungen.

Vielfach heißt es, daß dieser Streik der letzte „alte Verteilungskampf“ gewesen sei, weil an einem allgemeinen Opfer für die Einheit kein Weg vorbeiführe. Wenn die Politiker das geschickter vermitteln würden, wenn man das Gefühl

hätte, sie nähmen tatsächliche Probleme in Angriff - zum Beispiel im Wohnungsbau-, gäbe es dann eine größere Bereitschaft zum Teilen?

Es ist für mich nicht einfach darauf zu antworten, weil ich auch in den neuen Bundesländern aktiv bin und die Diskussion dort kenne. Es gibt dort erhebliche Meinungsunterschiede zu dem, was unsere Kollegen hier denken. Es gibt zwar auch im Osten Solidarität mit den Tarifforderungen im Westen, aber das ist eine eingegrenzte Solidarität. Und das muß man so deutlich und unumwunden sagen, weil auch dort jedem das Hemd näher sitzt als der Rock. Hier im Westen ist die Erfahrung weitverbreitet, daß die Politiker zwar den Verzicht für die Einigung predigen, aber keineswegs bei sich selbst damit anfangen. Das Gefühl ist: Mir nehmen sie das Geld aus der Tasche, und die Ministergehälter steigen weiter. Dieser Tarifkonflikt war insofern auch eine Unmutsäußerung gegenüber dem, was in diesem Land politisch läuft. Selbst von Kollegen, die der großen Regierungspartei nahestehen, gab es Kritik.

Das Ergebnis der Tarifauseinandersetzung lag erheblich unter dem, was viele, die gestreikt haben, erwartet hatten. Wie ist das Ergebnis hier aufgenommen worden?

Ich bin Mitglied der „Großen Tarifkommission“ und war an dem entscheidenden Mittwoch in Stuttgart. Ich habe vorher die Kollegen gefragt, was sie erwarten. Dabei kam im Grunde heraus, daß die Erwartungen sich nach wie vor zwischen 5,8 und 6,2 Prozent bewegten. Als am Donnerstagnachmittag das Angebot der Arbeitgeber kam, ging es mir so wie vielen anderen Kollegen auch: ein Gefühl der Leere. Alle hatten mit mehr gerechnet. Allen wurde deutlich, daß das genau der Schlichterspruch war - und ein bißchen zusätzlich. Erst im Laufe der Beratungen folgten dann die konkreten Informationen darüber, wie sich der Abschluß im Detail auswirkt. Da ich Arbeitervertreter in der „Großen Tarifkommission“ bin, habe ich sofort nachgerechnet, wie sich das für meinen Bereich auswirkt. Dabei kam ich darauf, daß das Gesamtvolumen die Erwartungshaltung der Kollegen annähernd erfüllte. Ein bißchen unwohl war mir allerdings auch zumute, weil die Erwartungen inzwischen gestiegen waren. Ich stellte mir auch die Frage: Wie kommt es in der Öffentlichkeit an, wenn wir nun weiterstreiken? Alles in allem bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß der Abschluß zwar kein Anlaß zum Jubeln ist, aber letztlich doch akzeptabel.

Ich bin auch noch in der Nacht zurückgereist, um umgehend mit den Kollegen diskutieren zu können. Als ich von unterwegs anrief, haben mir meine Streikleitungs-Kollegen sofort vorgehalten, wie ich dieses Ergebnis denn hätte annehmen können. In den Medien war ja zunächst nur von 5,4 Prozent die Rede. Der Abbruch des Streiks verlief ein bißchen wild. Normalerweise informieren wir die Kollegen darüber, wann Schluß ist. Diesmal war geplant, daß an dem Freitagmittag noch gestreikt wird, damit Zeit blieb, um die Kollegen zu informieren. Allerdings hatten die Arbeitgeber in einer Nacht- und Nebelaktion rund 180 Kollegen zwischen 1.00 Uhr und 3.00 Uhr nachts telefonisch

aus dem Bett geklingelt, tun ihnen mitzuteilen, daß der Streik beendet sei und sie zum Dienst kommen müßten. Daß das nicht zur absoluten Freude beigetragen hat, kann sich jeder vorstellen. Es ist allerdings schwierig einzuschätzen, worüber die Kollegen mehr sauer waren - über die von den Medien übermittelten 5,4 Prozent oder über den nächtlichen Anruf. Wir haben dann mittags eine Versammlung abgehalten, auf der ich die Kollegen informiert habe. Und dann war eigentlich Ruhe.

Bei der zweiten Urabstimmung konnte man schon merken, daß es eigentlich besser gewesen wäre, wenn wir länger mit den Kollegen diskutiert hätten und das Ergebnis detailliert hätten darstellen können. Dann wäre das Urabstimmungsergebnis zumindest hier bei uns anders verlaufen als mit 65 Prozent Nein-Stimmen. Die kurze Zeit zwischen der Bekanntgabe des Ergebnisses und der Urabstimmung hat sich negativ ausgewirkt.

Das ist doch eigentlich ein ziemlich erstaunliches Phänomen: Zunächst gibt es, nahezu während des gesamten Streiks, eine gute Stimmung bei denen, die streiken, aber auch in der Bevölkerung. Auch diejenige, die für diesen Streik repräsentativ steht, die ÖTV-Vorsitzende, wird in der öffentlichen Meinung positiv gesehen. Dann kommt es zu einem Abschluß von 5,4 Prozent und einer negativen zweiten Urabstimmung und die Stimmung kippt vollkommen um, einschließlich der Einstellung zu den handelnden Personen. Gegen wen richtet sich denn dieser Umschwung - gegen die Vorsitzende, gegen die Mitglieder der „Großen Tarifkommission“ oder gegen die Bundesregierung als Wortführerin der Arbeitgeber?

Ich gehöre zu den Funktionären, die stets Meinung beziehen. Ich sage, wie und warum ich mich entschieden habe. Das ruft unterschiedliche Reaktionen hervor: Manche fordern, daß alle zurücktreten, vom Geschäftsführenden Hauptvorstand über die Bezirksleiter bis zur „Großen Tarifkommission“, also alle, die die Entscheidung mittragen. Andere haben sich von der konkreten Darstellung der Details des Abschlusses überzeugen lassen. Mir haben die Versammlungen hier in Kassel wieder richtig Mut gemacht, meine Arbeit weiterzuführen. Ich bin Betriebsratsvorsitzender, mich interessiert der Gewerkschaftstag inhaltlich zwar, aber ich stehe da nicht zur Wahl. Mich interessiert die nächste Betriebsratswahl mehr. Und von daher frage ich mich, wenn ich derartige Sachen entscheide, wie das die Kollegen werten. Dabei gibt es natürlich auch Überraschungen. Dazu gehört, daß für viele Kollegen ein Ergebnis von 5,6 bis 5,7 Prozent mehr wert gewesen wäre als das erzielte Ergebnis, das ja mehr umfaßt als die immer wieder genannten 5,4 Prozent. Daß die psychologische Wirkung der Zahl eine größere Rolle gespielt hat als die Geldwirkung - gerade in den unteren Lohngruppen -, war für mich eine neue Erfahrung.

Die Verärgerung war mancherorts, auch bei Funktionären, die den Streik organisiert hatten, so stark, daß eine offene, faire Auseinandersetzung gar nicht mehr möglich war. Heutzutage bekommen die meisten ja nur mit, was in

den Medien gebracht wird: Meldungen über zähe, schwierige Verhandlungen; die Parteien äußern sich nicht; Monika Wulf-Mathies hat gelächelt; Seiters guckt grimmig - das ist es dann auch schon. Dann gibt es ein Angebot, eine Verhandlungskommission kommt zusammen, dann diskutiert eine „Große Tarifkommission“ über mehrere Stunden und schließlich heißt es knallhart - über Diskussionen wurde nichts berichtet - 5,4 Prozent. Da muß man schon Verständnis haben, wenn manche meinen, wir hätten uns gar nicht angestrengt.

Welche Konsequenzen hat das, was Du jetzt beschrieben hast, für zukünftige Tarifauseinandersetzungen, bei denen die Erwartungshaltung womöglich noch steigen wird?

Zentral wichtig ist, daß die Gewerkschaft noch intensiver über Tarifzusammenhänge informieren muß. Den Kollegen muß erklärt werden, wie bestimmte Forderungsbestandteile wirken. Ich muß als Funktionär in der Lage sein, über die Zusammenhänge aufzuklären. Es gibt jetzt zum Beispiel verstärkte Forderungen nach Einmal- oder Festbeträgen. Dazu muß ich den Kollegen, bei denen Zuschläge für Wechselschichten einen wesentlichen Einkommensbestandteil ausmachen, sagen, daß die beim Einmalbetrag nicht angehoben werden, während sie bei einem prozentualen Ergebnis mitsteigen. Solche Zusammenhänge müssen wesentlich breiter diskutiert werden. Der massiven Kritik der Kollegen ist nur durch bessere Informationen zu begegnen, auch durch Diskussionen über neue Wege in der Tarifpolitik, die man nach meiner Meinung beschreiten muß.

Wir müssen auch überlegen, zu welchem Zeitpunkt wir Verhandlungen beginnen, wie die Kollegen an der Diskussion beteiligt werden, nachdem die Tarifforderung entwickelt worden ist. Wie kann so etwas erst einmal innerhalb der Mitgliedschaft beraten werden, bevor die Tarifkommission dann entscheidet? Zu fragen ist auch, ob nicht an der Organisationsstruktur der ÖTV etwas geändert werden muß. Wir haben heute einen Geschäftsführenden Hauptvorstand, der letztlich die Verantwortung für die Tarifauseinandersetzungen trägt - und daraus kann er auch nicht entlassen werden -, aber wir haben auch Bezirksleiter, die das Meinungsbild für ihren Bezirk genau kennen müssen, eigentlich zu jeder Stunde. Und wenn alle Bezirksleiter in der „Großen Tarifkommission“ nicht zu erkennen geben, daß man um Gottes Willen nicht zustimmen sollte, weil das auf den größten Protest der Mitgliedschaft hinausläufe, dann frage ich mich, ob die Organisationsstrukturen stimmen, wenn ich als Ehrenamtlicher nicht die notwendige Hilfe bekomme. Natürlich könnte man Monika Wulf-Mathies den Vorwurf machen, daß sie die Lage falsch eingeschätzt hat, aber dann muß sie eine ganze Reihe falscher Berater gehabt haben. Die hätten sie eigentlich auf den zu erwartenden Zorn der breiten Mitgliedschaft vorbereiten müssen. Das muß man sachlich feststellen. Sicher kann man sich überlegen, wie die Informationswege besser abgestimmt werden können und welche Möglichkeiten der Rückfrage und Meinungsbefragung wir haben, insbesondere in so schwierigen Prozessen, die

zwangsläufig entstehen, wenn man im Streik ist. Wir brauchen einen Rückkopplungsmechanismus, der sicherstellt, daß aus der Dynamik des Streiks keine Erwartungshaltung entsteht, die in Verhandlungen nicht durchsetzbar ist.

Ist die Rückwirkung des Tarifabschlusses in Kassel denn so negativ, wie das Ergebnis der zweiten Urabstimmung vermuten läßt?

Nein. Ich halte nichts davon, die überwiegend positive Resonanz bei den Kollegen, auch bei den neugewonnenen Kollegen, die bisher mit Gewerkschaft nicht viel zu tun hatten, herunterzureden. Man muß aber unterscheiden zwischen der Wirkung auf Mitglieder und der Wirkung auf diejenigen, die den Streik an den entscheidenden Stellen geführt haben, den Funktionären. Man muß kritisch mit allen Bestandteilen umgehen, und man muß die Kritik auch offen formulieren. Denn es wird keine 18 Jahre dauern, bis der nächste Streik im öffentlichen Dienst stattfindet, und dann brauchen wir alle Kollegen, dann brauchen wir Stärke und Geschlossenheit.

Die Tarifpolitik der ÖTV ist zentralistisch angelegt. Ist eine der Lehren dieses Streiks nicht auch die, daß dieses Modell durch ein anderes abgelöst werden muß?

Ich komme aus einem Bezirk, der intensiv über die Regionalisierung von Tarifverhandlungen diskutiert. Dazu gibt es auch Beschlüsse der Bezirkskonferenz, an die ich mich als gestandener Funktionär eigentlich halten müßte. Ich sage aber offen, daß ich davon nicht begeistert bin. Die Stärke der ÖTV lag bisher darin, daß sie Tarifpolitik auch für die Schwachen gemacht hat - für die weniger durchsetzungsfähigen Bereiche. Deshalb bin ich gegen eine Regionalisierung, die dazu führt, daß die Lohn- und Vergütungsverhandlungen für Bund, Länder und die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände getrennt werden. Ich komme selbst aus dem kommunalen Bereich, in dem die gewerkschaftlich stärksten Regimenter stehen, von der Müllabfuhr über die Flughäfen bis hin zum Nahverkehr. Sie hätten vielleicht sogar einen Sechsis-Prozent-Abschluß erkämpfen können. Aber wie sieht es mit den Kollegen beim Bund aus? Etwa mit dem Bundeswehr-Kollegen, der in Kassel wohnt, dieselben Lebensbedingungen hat, aber den Bund zum Arbeitgeber hat und vielleicht aufgrund der Tatsache, daß Soldaten sich auch anderswo organisieren, gewerkschaftlich kaum einsatzbereit ist? Die ÖTV organisiert eben nicht nur Industriearbeiter und Handwerker, für die man relativ gut eine gemeinsame Tarifpolitik entwickeln kann, sie hat auch Ingenieure und Reinigungskräfte als Mitglieder.

Muß die ÖTV nicht gerade deshalb in Zukunft stärker differenzieren? Muß, um das schematisch auszudrücken, nicht die Methode verändert werden, wonach der Müllarbeiter für den Staatssekretär mitstreikt?

Unten streiken, oben absahnen - da sind wir fast wieder bei der Festbetragsdiskussion. Darüber muß immer wieder, allerdings mit Blick auf die Realität,

diskutiert werden. Das Problem mit dem Staatssekretär ließe sich in der Tat bewältigen, indem in Zukunft für den kommunalen Bereich separate Tarifverhandlungen geführt würden. Aber dann wäre es nicht mehr der Staatssekretär, sondern der Abteilungsleiter.

Hängen nicht auch die Beamten am Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst?

Es ist wohl noch nicht geklärt, ob die Beamten diesmal alles kriegen. Der Bundesinnenminister hat erwogen, ein Signal für die Beamten zu setzen und sie zumindest teilweise abzukoppeln. Man darf bei dieser ganzen Diskussion auch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. In einem Betrieb wie unserem hier gibt es nur eine Handvoll Höherverdienende. Wenn man für solche Positionen qualifizierte Leute haben will, muß man sie gut bezahlen, sonst kommen sie erst gar nicht in den öffentlichen Dienst. Ein solches Argument darf man bei Tarif Verhandlungen eben auch nicht außer acht lassen.

Der jetzt vereinbarte Tarifvertrag hat eine relativ kurze Laufzeit. Stärkt der Streik im nachhinein die Verhandlungsposition der ÖTV oder sind die enttäuschten Erwartungen eher eine Belastung für die nächste Tarifrunde? --.

Auf jeden Fall wird die Auseinandersetzung härter. Die Erwartungshaltungen sind ja nicht weg, auch wenn es einen Abschluß gegeben hat. Die Differenz zwischen dem, was die Kollegen diesmal nicht bekommen, aber erwartet haben, zuzüglich dem, was nächstes Jahr notwendig ist - inklusive Preissteigerungsrate, wirtschaftliche Entwicklung und vielleicht zukünftige Einigungsopfer - bleibt bestehen. Und ich kann mir nicht vorstellen, daß die Bundesregierung jetzt anfängt zu überlegen, sich das Geld für die Einheit anderswo zu holen. Sie werden es nach wie vor bei den Arbeitnehmern holen. Von daher wird der Druck stärker, und ich sehe den Konflikt im nächsten Jahr schon auf uns zukommen. Deswegen müssen wir jetzt diskutieren und aus den Fehlern, die gemacht wurden, lernen. Gleichzeitig müssen wir Stärke gewinnen, um den nächsten Konflikt zu bewältigen.